

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington



**News aus Washington**  
**Juni 2004**

**Amerikanischer Arbeitsmarkt auf Rekordkurs**  
**1 Million neue Jobs in nur drei Monaten**  
*Franz-Josef Reuter*

**Der heiße Kampf um die sog. „Swing States“ oder: Das „Winner-Takes-All“-Prinzip im US-Präsidentenwahlkampf**  
*Franz-Josef Reuter/Dr. Jan Gerhard*

**Bush und Kerry – stärkere politische Nähe als Mancher denkt?!**  
*Franz-Josef Reuter/Dr. Jan Gerhard*

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

## **Amerikanischer Arbeitsmarkt auf Rekordkurs 1 Million neue Jobs in nur drei Monaten**

---

Die amerikanische Wirtschaft boomt weiterhin auf unverändert hohem Niveau. Der amerikanische Arbeitsmarkt stellt auch nach den neuesten, veröffentlichten Daten seinen Ruf als Jobmaschine unter nachhaltigen Beweis. Die Beschäftigung legte im Mai um 248.000 zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze zu. Damit wurden die Erwartung – bereits im dritten Monat in Folge – deutlich übertroffen; insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Zahl des Vormonats von 288.000 auf 346.000 nach oben korrigiert werden konnte. Somit ist allein in den letzten drei Monaten eine Beschäftigungszunahme von fast 1 Million registriert worden. So gut wie zur Zeit lief die „USA-Jobmaschine“ seit dem Sommer des Jahres 2000 nicht mehr, also jener Zeit, die den Höhepunkt und Boom der New Economy darstellte. Diese überaus positive und weit über den Erwartungen liegende Entwicklung bestätigt den Trend eines soliden Wachstums in den USA und erinnert an die besten Zeiten unter den Präsidenten Clinton und Reagan. Damit dürfte nicht nur die weit verbreitete Skepsis an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs abflauen, sondern auch ein Teil der Kritik verstummen, wonach der Bush-Regierung bislang vorgeworfen wurde, das deutliche Wachstum der amerikanischen Wirtschaft nicht in entsprechend positive Impulse auf der Beschäftigungsebene umgewandelt zu haben.

Das Beschäftigungswachstum gründet sich insbesondere auf das weiterhin niedrige Zinsniveau in den USA, in dessen Folge sowohl die Industrieproduktion, als auch die Unternehmensgewinne zunahmen. Aber auch die Steuersenkungen der Regierung dürften nach wie vor zu der positiven Entwicklung beigetragen haben. Bemerkenswert ist zudem, daß der Beschäftigungsaufbau über alle Branchen verteilt zu beobachten ist – selbst in der Industrie wurden, nach Jahren des Rückgangs- wieder positive Zahlen gemeldet. Mit einem Plus von 32.000 konnte hier der stärkste Anstieg in einem einzigen Monat registriert werden. Die Arbeitslosenquote verharrt indes bei 5,6%. Dieses läßt darauf schließen, daß sich viele Menschen nun, angesichts der verbesserten Arbeitsmarktlage, als Arbeitssuchende offiziell registrieren lassen. „Die stille Reserve“ meldet sich damit zu Wort. Interessant am Rande zu erwähnen ist sicherlich, daß die Arbeitslosigkeit in der afro-amerikanischen Community, im Vergleich zum Vormonat von 9,7 auf 9,9% angestiegen ist; indes in der Hispanic Community von 7,2 auf 7,0% gefallen ist.

Die Arbeitskosten beginnen zwar geringfügig zu steigen, Druck auf die Löhne geht indes von ihnen bislang kaum aus. Der durchschnittliche Verdienst je Stunde stieg um 0,3 Prozent und blieb auf dem Niveau des Vormonats. Dennoch dürfte bei einem anhaltenden Beschäftigungszuwachs und weiterhin starker Nachfrage eine leichte Preisbeschleunigung nicht auf sich warten lassen. Die Wahrscheinlichkeit für eine Zinserhöhung durch die amerikanische Notenbank

Fed bei deren nächster Sitzung am 30. Juni ist damit –nach übereinstimmender Meinung der Analysten- deutlich gestiegen. „Die Geldpolitik ist nun viel zu stimulierend und die Fed muß etwas gegen die möglichen Inflationsgefahren unternehmen“, so die Meinungsmacher an der Wall Street.

Im laufenden Jahr wird von einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,7 % ausgegangen. Die Schätzung aus dem Vormonat lag bei 4,6%. Dies würde dem stärksten Wachstum seit 1984 entsprechen. Die Arbeitsmarktdaten lassen auf erhöhte Verbraucherausgaben schließen und auch der Immobilienmarkt in den USA hält sich –trotz der erwarteten Abkühlung- auf konstant hohem Niveau. In den vergangenen zwölf Monaten ist, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der Neuerwerb von Privateigentum um satte 9,6 Prozent angestiegen.

Die Wachstumsprognose für das BIP im Jahre 2005 wurde von 3,6 auf 3,7 Prozent angehoben.

### **Verbrauchervertrauen positiv**

Das Konsumklima in den Vereinigten Staaten hat sich angesichts der anhaltenden Börsenerholung und der anhaltenden positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt im Mai weiter aufgehellt. Die Stimmung unter den Verbrauchern ist wieder so gut wie seit langem nicht mehr. Der von der Universität Michigan ermittelte Index des Verbrauchervertrauens kletterte im Monat Mai auf 108 Indexpunkte (Dezember 2003: 92,6). Der Kommentar der Börsianer an der Wall Street zur aktuellen Lage ist entsprechend frohgestimmt: „Die Botschaft heißt, die Leute fühlen sich sicher genug zum Geldausgeben.“ Auch die im Rahmen der Erwartungen ausgefallenen Verbraucherpreise haben an der freundlichen Tendenz ebenfalls erheblichen Anteil. Alle Indikatoren deuten –so die Analysten- darauf hin, daß mit einer moderaten Zinsanhebung zu rechnen sei, welche der Markt gut aufnehmen und „verdauen“ werde.

Der von Anlegern und Volkswirten stark beachtete Vertrauens-Index der amerikanischen Verbraucher, herausgegeben von der Universität Michigan, gilt als wichtiges Konjunkturbarometer, welches den Stimmungstrend und das Kaufverhalten der amerikanischen Konsumenten im Voraus anzeigt. Immerhin machen die Konsumausgaben rund zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten aus.

### **Service-Index bestätigt Nachhaltigkeit**

Der an den Finanzmärkten stark beachtete Service-Index des Institute for Supply Management (ISM) bestätigt die nachhaltige Aufbruchstimmung in der US-Wirtschaft und stieg im vergangenen Monat auf 65,2, nachdem im April ein Rekordwert von 68,4 erreicht wurde (im Vergleich Dezember 2003: 58,0 Punkte.) Mit Werten über 50 Zählern signalisiert das Branchenbarometer eine expandierende Geschäftstätigkeit, in dem Sektor, der immerhin 80% der US-Wirtschaft ausmacht. Werte darunter deuten auf einen Rückgang hin. Branchenexperten zeigen sich hoch erfreut über diese jüngsten Daten und

bezeichnen das Beschäftigungsniveau als anhaltend stark. Zuwächse hatte es in 15 von 17 erfaßten Branchen gegeben. Im produzierten Gewerbe hatte sich der stärkste Zuwachs seit 1973 ergeben.

### **Wirtschaftsentwicklung ist wahlentscheidend**

Sollte sich die überaus positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter fortsetzen und sich auch in der subjektiven Sicht der amerikanischen Bevölkerung mehr und mehr manifestieren, wird dies unzweifelhaft Präsident Bush und seinen Aussichten auf eine Wiederwahl zugute kommen. Trotz latenter Irak-Krise steigen die Umfragewerte für den amtierenden Präsidenten allmählich wieder an und liegen nach neuesten Erhebungen von Mitte Juni wieder bei 46 Prozent zu 45 Prozent gegenüber dem demokratischen Herausforderer John Kerry. Präsident George W. Bush weiß nur all zu genau, wie bedeutend anhaltend positive Daten aus Wirtschaft- und Arbeitsmarkt für die angestrebte Wiederwahl am 2. November d.J. sind. Zwei Drittel der amerikanischen Wählerschaft sehen in der Wirtschaftsentwicklung des Landes die entscheidende Motivation für ein Pro- oder Contra-Bush auf den Wahlzetteln. Auch hier zählt das Motto: Wahlen werden an der Heimatfront entschieden: ob die Wirtschaft brummt, ob die Leute Arbeit finden, kurz, ob die Briefflasche dünner oder dicker ist. Allen Unkenrufen zum Trotz wird damit einmal mehr deutlich, daß die politische Wahlauseinandersetzung über Erfolg oder Mißerfolg eng mit der Verfaßtheit des Portmonnaies des einzelnen Bürgers zusammenhängt - auch in Amerika bzw. insbesondere in Amerika.

\*\*\*\*

## **Der heiße Kampf um die sog. „Swing States“ oder: Das „Winner-Takes-All“-Prinzip im US-Präsidentschaftswahlkampf**

---

Im Jahre 2000 hat Al Gore die US-Präsidentschaftswahlen verloren, obwohl er - mit 50.992.335 zu 50.455.156 Stimmen - eine größere Anzahl an Wählern als George W. Bush hinter sich vereinigen konnte. Dieses Phänomen erschien auf den ersten Blick intuitiv nicht sehr plausibel und hat deshalb vor dreieinhalb Jahren - unabhängig von inhaltlichen politischen Diskussionen und Aufregungen um das Wahlprozedere in Florida - nicht nur in den USA für einiges Aufsehen und Gesprächsstoff gesorgt. Grund für dieses scheinbar paradoxe Ergebnis ist die institutionelle Ausgestaltung des Systems zur Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Das System der indirekten Präsidentenwahl durch Wahlmänner hat George W. Bush letztendlich den Sieg im Jahr 2000 beschert, da er in diesem Gremium eine hauchdünne Mehrheit gewinnen konnte. Das sog. „Electoral College“ ist daher auch Gegenstand spannender demokratietheoretischer Betrachtungen; für den politisch interessierten Beobachter ist das Verständnis dieses Wahlmechanismus aber vor allem wichtig, um die Wahlkampfstrategien und -kampagnen der beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Präsident Bush und Herausforderer John Kerry, im diesjährigen Kampf um das Weiße Haus sachgerecht nachvollziehen und einordnen zu können. Denn beide werden sich, wie jeder Wahlkämpfer innerhalb des institutionellen Rahmens eines Wahlsystems, als rationale Stimmenoptimierer verhalten. Da sich dieser Rahmen von jenem in Deutschland deutlich unterscheidet, werden Funktionsweise und vor allem die praktischen (wahlkampfstrategischen) Konsequenzen dieser Variante demokratischer Entscheidungsfindung nachfolgend aufgezeigt.

### **Die Mehrheit im „Electoral College“ als Schlüssel zum Wahlsieg**

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird der Kandidat oder die Kandidatin, der/die die Mehrheit des sog. „Electoral Colleges“ (mindestens 270 von 538 Stimmen) erhält. Jeder der 50 Bundesstaaten der USA entsendet in dieses Wahlgremium genau so viele Wahlmänner wie er Kongressabgeordnete hat (also zwei Wahlmänner für seine Senatoren sowie weitere Wahlmänner für jeden Repräsentanten im Abgeordnetenhaus [diese Anzahl kann im Zehnjahresrhythmus zwischen den Staaten je nach Einwohnerstärke variieren, bleibt aber bundesweit immer konstant bei 435<sup>1</sup>]). Wahlmann wird man in der Regel, indem man von seiner Partei im jeweiligen Bundesstaat auf der entsprechenden Liste nominiert wird. Vorgeschlagen werden kann prinzipiell jeder Wahlberechtigte; ausgeschlossen sind jedoch Kongressabgeordnete und Bundesbeamte! Am „Election Day“ selbst (in diesem Jahr am 2. November) wird letztendlich „nur“ über die Zusammensetzung des „Electoral College“

---

<sup>1</sup> Dem schnellen Rechner fällt auf, dass  $435 + 100 = 535$ . Die fehlenden drei Stimmen kommen aus dem District of Columbia, der selbst kein Staat ist.

entschieden. Dessen gewählte Mitglieder geben dann Mitte Dezember in ihrer Landeshauptstadt ihre beiden Stimmen für ihren jeweiligen Präsidentschaftskandidaten sowie für den zu wählenden Vize-Präsidenten ab.

Der wahlentscheidende Mechanismus innerhalb dieses Systems ist nun das „winner-takes-all“-Prinzip: In 48 der 50 Bundesstaaten kommt jene Wahlmänner-Liste komplett zum Zuge, die die Mehrheit der am Wahltag abgegebenen Wählerstimmen in diesem Staat erhält.<sup>2</sup> Die aktuell 55 Stimmen Kaliforniens im „Electoral College“ erhält also jene Liste mit den meisten Stimmen (im Falle nur zweier Listen reichen also 50,1% der Stimmen, um ALLE Stimmen Kaliforniens im „Electoral College“ zu bekommen!). Dies erklärt somit die theoretisch denkbare und praktisch bislang viermal aufgetretene Konstellation, dass ein Kandidat zum Präsidenten gewählt worden ist, obwohl er nicht die absolute Mehrheit der bundesweit abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

### Die „swing states“ als Zünglein an der Waage?!

Der Mechanismus dieser mittelbaren Präsidentschaftswahl beeinflusst die Wahlkampfstrategien der Kandidaten nachhaltig. Vor dem Hintergrund des

#### Presidential battlegrounds

The presidential candidates will focus their campaigns on states that had the closest contests in 2000.

##### 2004 targets

Number of electoral votes

2000 presidential victory:  Democrat  Republican



##### 2000 presidential vote

| Closest states | 2000 presidential vote |            | Margin of victory | Margin of victory |            |
|----------------|------------------------|------------|-------------------|-------------------|------------|
|                | Democrat               | Republican |                   | Democrat          | Republican |
| Florida        | 2,912,253              | 2,912,790  | 0.0%              |                   |            |
| New Mexico     | 286,783                | 286,418    | 0.0               |                   |            |
| Wisconsin      | 1,242,987              | 1,237,279  | 0.2               |                   |            |
| Iowa           | 638,517                | 634,373    | 0.3               |                   |            |
| Oregon         | 720,342                | 713,577    | 0.5               |                   |            |
| New Hampshire  | 266,348                | 273,559    | 1.3               |                   | ■          |
| Minnesota      | 1,168,266              | 1,109,659  | 2.4               | ■                 |            |
| Missouri       | 1,111,138              | 1,189,924  | 3.3               | ■                 |            |
| Nevada         | 279,978                | 301,575    | 3.5               | ■                 |            |
| Ohio           | 2,183,628              | 2,350,363  | 3.6               | ■                 |            |
| Tennessee      | 981,720                | 1,061,949  | 3.9               | ■                 |            |
| Pennsylvania   | 2,485,967              | 2,281,127  | 4.1               | ■                 |            |
| Maine          | 319,951                | 286,616    | 5.1               | ■                 |            |
| Michigan       | 2,170,418              | 1,953,139  | 5.1               | ■                 |            |
| Arkansas       | 422,768                | 472,940    | 5.4               | ■                 |            |
| Washington     | 1,247,652              | 1,108,864  | 5.6               | ■                 |            |
| Arizona        | 685,341                | 781,652    | 6.3               | ■                 |            |
| West Virginia  | 295,497                | 336,475    | 6.3               | ■                 |            |

Source: The Almanac of American Politics Tobey/The Washington Post

letzten Wahlausgangs, bei dem Bush mit lediglich 271 zu 267 „electoral votes“ gewann, sowie der sich in vielen Staaten in den letzten Jahren vollzogenen politischen Lagerbildung (siehe hierzu ausführlich „Eine gesplante Nation in ‚Rot‘ und ‚Blau‘“ in „News aus Washington Mai 2004“) kommt den Wahlergebnissen in den sog. „swing states“ im kommenden November voraussichtlich eine wahlentscheidende Bedeutung zu!

In über 30 Staaten scheint der Wahlausgang klar zu sein. Der jeweilige Vorsprung von Bush bzw. Kerry scheint so groß, dass Fokus und Energie beider Kandidaten auf jene Staaten gerichtet sind, deren Wahlergebnis noch als unsicher gilt. Der Blick auf die nebenstehende Grafik macht deutlich, wie sensibel das Wahlergebnis im November auch nur auf graduelle Änderungen gegenüber der letzten Präsidentschaftswahl reagieren wird. Daher werden die Stimmungsbewegungen in diesen Staaten nicht nur von beiden politischen Lagern mit Argusaugen

<sup>2</sup> Die wahltechnisch nuancierten Besonderheiten der Staaten Maine und Nebraska können an dieser Stelle vernachlässigt werden!

beobachtet, sondern bieten auch den politischen Kommentatoren im Land fast täglich willkommenen Stoff für wahltaktische Spekulationen.

Die Reiserouten der beiden Kandidaten im Zeitraum Anfang März bis Ende Mai 2004 trugen diesem Sachverhalt verstärkt Rechnung: Je nach Einschätzung werden 16 bis 18 Bundesstaaten als „swing states“ identifiziert. Bush besuchte 17 davon im genannten Zeitraum bereits 21 Mal. Sogar 34 Wahlkampfauftritte hatte Kerry in genau diesen Staaten, die ob ihres unklaren Wahlausgangs zwischen „rot“ und „blau“ gelegentlich auch als „violet states“ bezeichnet werden. In diesen Regionen gilt es, durch persönliche Präsenz Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Fast noch wichtiger ist aber vor allem die Motivierung des eigenen Lagers, um Schlagkraft und Nachhaltigkeit der Kampagne hochzuhalten bzw. zu steigern. Folgerichtig wird von beiden politischen Lagern auch das meiste Geld für TV-Werbung in die „swing states“ gepumpt.

Überdies wird hierdurch noch einmal deutlich, warum gerade die Anhänger von Kerry die erneute und bislang aufrecht erhaltene Kandidatur von Ralph Nader überaus kritisch sehen (siehe hierzu ausführlich „Der dritte Mann“ in „Politische Berichterstattung April 2004“).

| State               | Stimmen im Electoral College | Bush-Besuche | Kerry-Besuche | Gewinner 2000, Differenz    |
|---------------------|------------------------------|--------------|---------------|-----------------------------|
| Arkansas            | 6                            | 2            | 2             | Bush, 5%                    |
| Arizona             | 10                           | 0            | 2             | Bush, 6%                    |
| <b>Florida</b>      | <b>27</b>                    | <b>2</b>     | <b>5</b>      | <b>Bush, weniger als 1%</b> |
| <b>Iowa</b>         | <b>7</b>                     | <b>2</b>     | <b>1</b>      | <b>Gore, 1%</b>             |
| Maine               | 4                            | 1            | 0             | Gore, 5%                    |
| Michigan            | 17                           | 1            | 2             | Gore, 5%                    |
| Minnesota           | 10                           | 1            | 2             | Gore, 2%                    |
| Missouri            | 11                           | 1            | 4             | Bush, 3%                    |
| Nevada              | 5                            | 0            | 1             | Bush, 4%                    |
| <b>N. Hampshire</b> | <b>4</b>                     | <b>1</b>     | <b>1</b>      | <b>Bush, 1%</b>             |
| <b>New Mexico</b>   | <b>5</b>                     | <b>1</b>     | <b>1</b>      | <b>Gore, weniger als 1%</b> |
| Ohio                | 20                           | 2            | 3             | Bush, 4%                    |
| <b>Oregon</b>       | <b>7</b>                     | <b>0</b>     | <b>2</b>      | <b>Gore, weniger als 1%</b> |
| Pennsylvania        | 21                           | 2            | 5             | Gore, 5%                    |
| Washington          | 11                           | 0            | 0             | Gore, 5%                    |
| West Virginia       | 5                            | 2            | 2             | Bush, 6%                    |
| <b>Wisconsin</b>    | <b>10</b>                    | <b>3</b>     | <b>1</b>      | <b>Gore, weniger als 1%</b> |
| <b>Summe:</b>       | <b>180</b>                   | <b>21</b>    | <b>34</b>     |                             |

Source: USA TODAY research  
(24. Mai 2004)

Zur besseren Übersicht können die „swing states“ nach groben politischen Schwerpunktthemen zusammengefasst werden. USA Today kommt dabei zu folgender Einteilung:

1.) neun „Old-Economy-States“ vor allem im Mittleren Westen (Minnesota, Wisconsin, Michigan, Iowa, Ohio, West Virginia, Pennsylvania, Missouri,

Arkansas [sowie Tennessee – lt. Washington Post]), mit insgesamt 57,5 Millionen Einwohnern und 107 „electoral votes“;

2.) vier „Küstenstaaten“ (Maine und New Hampshire im Osten sowie Washington und Oregon im Westen), mit insgesamt 12,3 Millionen Einwohnern und 26 „electoral votes“;

3.) drei „Kaktusstaaten“ im Südwesten (New Mexico, Arizona, Nevada), mit insgesamt 8,9 Millionen Einwohnern und 20 „electoral votes“ sowie

4.) der Staat Florida mit 17 Millionen Einwohnern und 27 „electoral votes“. Je nach Zielgruppe und Ort der Veranstaltung werden folglich die Schwerpunktthemen der Wahlkampfauftritte gewichtet und angepasst.

### **Ursprung und Sinn des „Electoral College“**

Selbstverständlich gibt es innerhalb der U.S.A. immer wieder heftige Debatten über Sinn und Unsinn des „Electoral College“, das in seiner über 200-jährigen Geschichte (vor allem im 19. Jahrhundert) auch zu einer Handvoll mehr oder weniger kurioser Wahlausgänge geführt hat. Die Befürworter des heute existierenden Systems, das im Laufe der Zeit immer wieder leichte Anpassungen erfahren hat, stützen sich vor allem auf vier Argumente: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika kann nur dann erfolgreich regieren, wenn er bei seiner Wahl nicht nur eine hinreichend große Anzahl an Stimmen gewinnt, sondern diese auch hinreichend gut in einem riesigen Land mit vier Zeitzonen (plus Alaska und Hawaii) verteilt sind. Die Rationalität des Mechanismus wird wie folgt begründet: Gewinnt ein Kandidat eine substantielle Mehrheit an Stimmen im gesamten Land, so kann er nahezu sicher sein, dass er auch die Mehrheit im „Electoral College“ gewonnen hat (siehe hierzu bspw. die eindrucksvolle Wiederwahl von Ronald Reagan im Jahre 1984). Sollte das Ergebnis der „popular vote“ jedoch sehr eng sein (wie bspw. im Jahre 2000), so stellt das „Electoral College“ sicher, dass eine Ausgewogenheit der regionalen Stimmverteilung gegeben ist.<sup>3</sup>

Darüber hinaus stärke der „politische Leverage-Effekt“ des Systems gesellschaftliche und politische Minderheiten, da sie den entscheidenden Ausschlag zugunsten einer Liste innerhalb eines Bundesstaates geben könnten. Ausserdem trage das „Electoral College“ zur Gesamtstabilisierung des politischen Systems bei, indem ein Zwei-Parteien-System gefördert werde. Abschließend wird auf den föderalen Charakter des Systems verwiesen, da durch das „Electoral College“ der jeweiligen Präferenz innerhalb der Bundesstaaten Gewicht gegeben werde.

Übrigens: Achten Sie am Wahlabend ganz genau auf das Wahlergebnis im Staate Missouri! Denn: Seit 1904 hat der Gewinner in diesem Staat - mit einer einzigen Ausnahme - letztendlich auch immer die gesamte Präsidentschaftswahl für sich entschieden.

---

<sup>3</sup> Sollte keiner der Kandidaten im „Electoral College“ die absolute Mehrheit erzielen können, so entscheidet das Repräsentantenhaus über die Wahl.



## Bush und Kerry – stärkere politische Nähe als Mancher denkt?!

---

Schenkt man den US-Medien sowie den Stimmen um Präsidentschaftskandidat und Bush-Herausforderer John Kerry Glauben, so wartet die Mehrheit der politischen Elite in Europa förmlich auf den politischen Wechsel im Weißen Haus ab November 2004. Aus zwei Gründen könnte ein zu frühes Frohlocken in Europas Hauptstädten, ob nicht gerade berauschender Umfragewerte für Präsident Bush und stabiler Umfragewerte für Kerry, nicht nur zu früh, sondern sogar verfehlt sein. Dass die US-Präsidentschaftswahlen bei weitem noch lange nicht entschieden sind, zeigen die aktuellsten Umfragen, die ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen prognostizieren, nur zu deutlich (vgl. hierzu auch „Wenn Klischees die Wahrnehmung trüben“ in „Politische Berichterstattung Mai 2004“).

Darüber hinaus wird beim sorgfältigen Vergleich der Aussagen von Präsident Bush und Herausforderer Kerry zu wichtigen Politikfeldern, die von substantieller Bedeutung für das transatlantische Verhältnis sind, deutlich, dass der herbeigesehnte Politikwechsel auch bei einem Wahlsieg von John Kerry nicht automatisch erfolgen wird. Mögen sich auch persönlicher Stil, öffentlicher Auftritt und Selbstverständnis im Amte des Präsidenten zwischen beiden Kandidaten deutlich unterscheiden, so sollte der europäische Beobachter die inhaltliche Nähe beider Protagonisten auf Gebieten wie der Außen- und Sicherheitspolitik



nicht unterschätzen. Selbst wenn ein möglicher Wahlsieg Kerrys kurzfristig die Befindlichkeiten in Europa gegenüber dem scheinbar fremd gewordenen Partner USA verbessert und damit eine atmosphärische Annäherung der beiden Seiten erleichtern könnte, so wäre es geradezu leichtfertig zu glauben, dass die unterschiedlichen Auffassungen diesseits und jenseits des Atlantik zu wichtigen globalen Fragestellungen mittel- bis langfristig überdeckt bzw. hinwegdiskutiert werden können.

„Zwei Politiker – eine US-Außenpolitik?!“

(Georg W. Bush, John Kerry mit Gerhard Schröder, Jacques Chirac)

© Financial Times (Friday June 4 2004)

Anlässlich der „D-Day Celebrations“ am 6. Juni 2004 in der Normandie haben die US-amerikanischen Medien die europäischen Hoffnungen auf einen Wechsel in

der amerikanischen Außenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen im November aufgenommen und entsprechend kommentiert. Sehr treffend spiegelt die Karikatur der Financial Times das weitverbreitete Unverständnis der politischen Analysten in den Vereinigten Staaten über die offenbare Fixierung wichtiger europäischer Partner der USA auf den Kandidaten Kerry wider. Denn: Wer auch immer die Präsidentschaftswahlen gewinnt, wird sich den **Herausforderungen des internationalen Terrorismus** stellen. Die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes betrachtet nach wie vor Al-Kaida als den wichtigsten globalen Gegner mit immensem Bedrohungspotential für die eigene Sicherheit. Kerry äußerte sich hierzu auf einer Wahlkampfveranstaltung Ende Mai: „If an attack appears imminent, as commander in chief, I will do whatever is necessary to safeguard the country.“ Und weiter an die Adresse Al-Kaidas, um - nach den Erfahrungen in Spanien - mögliche Hoffnungen auf die Beeinflussbarkeit des Wahlausgangs durch mögliche terroristische Angriffe im Keim zu ersticken: “Let there be no doubt, this country is united in its determination to defeat terrorism.”

In der **Irak-Frage** sind zwischen Bush und Kerry in der Substanz fast überhaupt keine Unterschiede festzustellen. Beide befürworten einen mittelfristigen, geordneten Abzug der US-Streitkräfte. Kerry käme es dabei nicht in den Sinn, einen unüberlegten und überhasteten Truppenabzug zu befürworten oder gar zu fordern. Interessanter ist da sicherlich schon die Beobachtung, dass Präsident Bush zunehmend versucht, möglichst geräuschlos die multilateralen Positionen Kerrys bei der Gestaltung des Nachkriegs-Iraks zu übernehmen.

Bushs später Versuch, die NATO und die Vereinten Nationen doch noch beim Wiederaufbau im Irak einzubinden, sind Forderungen, die Kerry schon seit fast zwei Jahren vertritt.



© by Kal for the Baltimore Sun, in: The Washington Post (June 5 2004)

Unterschiede zwischen Bush und Kerry im **Israel-Palästina-Konflikt** existieren faktisch nicht. Dies mag vordergründig wie ein wahltaktisches Manöver Kerrys aussehen, um wichtige Wählerkreise nicht zu verprellen. Jedoch zeigen nicht nur sein „100 per cent voting record“ im Senat zur Unterstützung Israels, sondern ebenso seine Reden, dass er Israel als Bollwerk gegen Terrorismus und islamischen Fundamentalismus im Nahen Osten ansieht. So stand Kerry bspw. fast schon selbstverständlich hinter der Unterstützung Bushs für Scharons umstrittenen Abzugsplan aus dem Gaza-Streifen im April/Mai d.J. Sucht man nach Nuancen zwischen Bushs und Kerrys Ansatz in der Israel-Frage, so könnte beim Herausforderer eine vielleicht etwas stärkere Bereitschaft zu erkennen sein, mehr politisches Kapital in diplomatische Bemühungen zu investieren.

Darüber hinaus wird der **republikanisch dominierte Kongress** - unabhängig vom Wahlausgang im November - weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen. Wichtige konservative Kräfte haben hier Schlüsselfunktionen inne, durch die die nationale Sicherheitspolitik definiert wird.

Lionel Barber, U.S. managing editor der Financial Times, kommt daher zu dem Schluss: „All this should dispel the more wishful thinking in European capitals about the capacity for political change in Washington... A President Kerry may make nice with Europe but on foreign policy, he would inherit the same prejudices and political constraints as his predecessor.“ Bereits Anfang März spielte The Economist auf die mögliche Fehleinschätzung in Europas Hauptstädten mit folgendem Kommentar an: „The United States would remain preoccupied by the war on terror, pro-Israeli and willing to use its military strength unilaterally. Mr. Kerry might explain American views more tactfully than Mr. Bush. He might even do it in French. But transatlantic tensions would endure.“

Keine Frage: Kerry scheint es zu gelingen, sich sowohl dem US-amerikanischen Wähler als auch der interessierten Weltöffentlichkeit glaubhaft als weltoffener, kooperativer und multilateraler als US-Präsident Bush zu präsentieren. Seine Vita und sein bisheriges politisches Wirken können diese Botschaft durchaus untermauern. Gerade diese Attribute, von denen sich die Europäer offenbar sehr viel versprechen, sind es aber, die seine politischen Gegner in wichtigen Teilen der US-amerikanischen Wählerschaft durchaus erfolgreich als zu „liberal“ und wankelmütig angreifen. Dadurch, dass er sich eben nicht radikal von den politischen Inhalten Bushs absetzen kann und will - wie dies durchaus von nicht unmaßgeblichen Strömungen innerhalb der Demokraten eigentlich erhofft und erwartet wird (so bspw. Al Gore am 26. Mai 2004 in New York: „George W. Bush promised us a foreign policy with humility. Instead, he has brought us humiliation in the eyes of the world... We simply cannot afford to further increase the risk to our country with more blunders by this team... [Bush] has brought deep dishonor to our country and built a durable reputation as the most dishonest president since Richard Nixon.“) -, steht Kerry zum aktuellen Zeitpunkt im Wahlkampf ein

wenig wie eine „**Bush-Light-Version**“ da. Das Wahlergebnis am 2. November d.J. ist daher völlig offen. Die europäischen Hoffnungen auf einen politischen Wechsel durch einen Wahlsieg Kerrys zum jetzigen Zeitpunkt sind in jedem Falle verfrüht.

Sollte Kerry darüber hinaus keinen stärkeren inhaltlichen Wechsel vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik in den kommenden Monaten vollziehen, so scheinen die europäischen Erwartungen außerdem ungerechtfertigt. Mögen auch Teile der Medien sowie der politischen Klasse in Deutschland sich einen US-Präsidenten wünschen, der (vermeintlich) eher dem eigenen Lebensgefühl entspricht, so sollte sich der seriöse Transatlantikpolitiker nicht allzu sehr von rhetorischen Unterschieden zwischen Bush und Kerry verleiten lassen. Letztendlich gehört Kerry ebenfalls zu jener politischen Elite in den USA, die *(nicht nur den 11. September 2001 kollektiv als Kriegserklärung erlebt hat, sondern darüber hinaus)* aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihrer Bildung und ihres Vermögens in Netzwerke eingebunden ist, die grundsätzlich durchaus ähnliche Ziele verfolgen und nach vergleichbaren Mechanismen funktionieren.

Statt sich also auf weiteres **undifferenziertes „Bush-Bashing“** zu kaprizieren, um daraus kurzfristig innenpolitisches Kapital zu schlagen, stünde es mancher Regierung in Europa gut an, darüber nachzudenken, wie - trotz oder gerade wegen unterschiedlicher Auffassungen und Strategien auf wichtigen Feldern der Politik in den USA und Europa - die transatlantische Partnerschaft, zum Nutzen beider Seiten, in eine konstruktive Zukunft geführt werden kann.

\* \* \*